

GRÜNSPIEGEL

Informationen zur grünen Kommunalpolitik in Stadt und Kreis Ludwigsburg

informativ • parteilich • aktuell



INGRID HÖNLINGER UND WAHLKAMPFHILFER IN DER KIRCHSTRASSE IN LUDWIGSBURG

Ingrid Hönlinger in den Bundestag gewählt Hohes Wahlergebnis durch aktive Partei – Hervorragende Erststimmenzahl

VON SIEGFRIED RAPP

Nach einem intensiven und ideenreichen Wahlkampf wurde die Ludwigsburger Kandidatin von Bündnis 90/Die Grünen mit 14,98 % der Zweitstimmen in den Bundestag gewählt. Dies entspricht einer Steigerung um 4 %. Damit ist nach 7 Jahren der Wahlkreis Ludwigsburg wieder mit einem Grünen Mandat in Berlin vertreten.

Die Analyse der Wahlergebnisse zeigt, dass die Grünen und ihre Kandidatin mit ihren Themen in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind. Die höchsten Ergebnisse bei den Zweitstimmen erhielten die Grünen beispielsweise in Asperg, mit 16,7 %, Remseck mit 15,1 %, Vaihingen mit 14,4 % und in Ludwigsburg mit 17 %. Alle diese Wählerinnen und Wähler haben gezeigt, dass ihnen die Zukunftsfragen, wie nachhaltiges Wirtschaften, Ausstieg aus der Atomenergie, soziale Gerechtigkeit und eine aktive Friedenspolitik von zentraler Bedeutung sind. Der Einsatz und das Engagement von vielen Grünen in der Stadt und in den Gemeinden des Wahlkreises führten zu einer hohen grünen Präsenz an den Ständen und in der Presse.

Ein fantasievoll und thematisch geführter Wahlkampf an grünen Ständen bei Firmenbesuchen, Begegnungen mit Bürgermeistern und Künstlern sowie mit mehreren kulturellen Veranstaltungen motivierten viele Menschen dazu, am Wahltag ihre Stimme den Grünen zu geben.

Eine kleine Sensation stellt das Ergebnis der Erststimmen für die Ludwigsburger Kandidatin dar. Mit 15,6 % der Erststimmen erhielt Ingrid Hönlinger in Ludwigsburg so viele Erststimmen wie noch kein Grüner Bundestagskandidat zuvor. Ingrid Hönlinger steigerte den Erststimmenanteil um 7 % und hat damit im Vergleich der Erst- zu den Zweitstimmen das viertbeste grüne Ergebnis in ganz Baden-Württemberg erreicht. Nur bei sechs der grünen Kandidatinnen und Kandidaten im ganzen Land lag der Erststimmenanteil höher als der Zweitstimmenanteil.

In Markgröningen gaben 14,9 % ihre Erststimme der Grünen Kandidatin, in Korntal-Münchingen waren es ebenfalls 14,9 %, in Asperg 18,3 %, in Ludwigsburg 18,5 % und selbst in Oberriexingen waren es noch 14,1 %. In Ludwigsburg steigerte Ingrid Hönlinger den Erststimmenanteil in absoluten Zahlen von 4.619 im Jahre 2005

auf 7.468 Stimmen im Jahr 2009. Dieser Zuwachs belegt, dass die Grüne Politikerin bei vielen Menschen, weit über die grüne Kernwählerschaft hinaus, viel Vertrauen genießt. Alt-Stadtrat Klaus Hoffmann formuliert einen der möglichen Gründe für diesen Erfolg so: „Ingrid Hönlinger überzeugt durch ihre solide Arbeitsweise, ihre Nähe zu den Menschen und ihre große politische Überzeugungskraft.“

Im abgelaufenen Jahr haben die Grünen bei allen Wahlen deutlich hinzugewonnen. Mit einer gestärkten Basis in den Ortsverbänden, mit gewachsenen Fraktionen in den Gemeinderäten, im Kreistag und Regionalparlament mit den Landtagsabgeordneten und mit der neu gewählten Bundestagsabgeordneten besteht die Chance, noch mehr grüne Ideen in aktive Politik umzusetzen.

Schon bei der nächsten Landtagswahl im Jahr 2011 besteht die Möglichkeit zu zeigen, dass die Zukunft nicht Schwarz-Gelb sondern Grün ist. Ein erster Aktionsvorschlag kommt von MdL Jürgen Walter, der eine Kampagne zum Ausstieg aus dem EnBW Atomstrom vorschlägt unter dem Motto: „Oettinger verlängert – wir steigen aus“.

Herzliches Dankeschön Großer Wahlerfolg im Wahlkreis Neckar-Zaber

VON ANDREAS ROLL

Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen WählerInnen und Aktiven, die zu einem beeindruckenden grünen Ergebnis im Wahlkreis Neckar-Zaber beigetragen haben! Ohne deine Stimme und dein Engagement wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen. Mit 11,1 % bei den Erststimmen und 13,5 % bei den Zweitstimmen ist der Wahlkreis Neckar-Zaber mit seinen 39 Gemeinden sogar noch erfolgreicher als das Ergebnis auf Bundesebene, das bereits den größten Er-

folg in der Geschichte von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darstellt. Im Vergleich zur letzten Wahl hat sich der Erststimmen-Anteil um weitere 4,5 % verbessert, der Zweitstimmen-Anteil um 4,1 %. Die Steigerungen auf Bundesebene liegen bei 3,8 % bzw. 2,6 %. Bundesweit haben wir etwa eine Million neue WählerInnen gewonnen. Deshalb möchte ich dich ermuntern, gerade in der Opposition der schwarz-gelben Regierung weiter unsere grünen politischen Konzepte und unser Engagement entgegenzusetzen!

Für verkürzte Laufzeiten Für die sofortige Abschaltung von Block I

VON DIRK WERHAHN

Mit vielen ausgefallenen Ideen hat Andreas Roll einen engagierten Wahlkampf geführt. Einige der Ideen: Feierabend-Minigolf und Arbeitsmarktpolitik, Arabisches Essen und Sicherheitspolitik, Jugendzentrum und Internet, Weinprobe und Finanzmarktpolitik. Dazu kamen einige sportliche Aktivitäten, wie der GKN-Lauf. Andreas Roll hat gemeinsam mit Winne Hermann (MdB) beim GKN-Rundlauf

um das Atomkraftwerk Neckarwestheim ein weiteres Zeichen für den konsequenten Atomausstieg gesetzt.

Dass die eigenen Füße dazu das geeignete Verkehrsmittel sind, haben der verkehrspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Hermann sowie Roll unter Beweis gestellt. Auch nach der Wahl bleibt die Forderung von Andreas Roll „für verkürzte Laufzeiten“ und für die sofortige Abschaltung des überalterten Reaktors Block I.



WINNE HERMANN, ANDREAS ROLL UND WAHLKÄMPFER FÜR „LAUFZEITVERKÜRZUNG“

Liebe Freundinnen und Freunde,

bei der letzten KMV konnte ich mit allen Anwesenden mit einem Gläschen Prosecco auf unser tolles grünes Wahlergebnis anstoßen. Hiermit stoße ich noch einmal mit allen Leserinnen und Lesern des Grünspiegels an. Vor diesem Wahlerfolg stand allerdings eine Menge Arbeit und Einsatz. Ganz viele von Euch haben engagiert Zeit und Energie eingesetzt und sich buchstäblich die Hacken abgelaufen, um zu diesem schönen grünen Erfolg beizutragen. Mit unserem eigenständigen grünen Profil haben wir gepunktet. Ich danke Euch allen, auch im Namen des OV und KV Ludwigsburg und hoffe, dass Ihr mich auch weiterhin bei den kommenden Aufgaben und als Eure Bundestagsabgeordnete unterstützt.

Ganz herzlichen Dank.

Eure Ingrid Hönlinger

Noch eine Bitte: Sendet mir doch Eure besten Wahlkampffotos zu an ingrid@ingrid-hoenlinger.de, damit ich sie aufbewahren und eventuell auf meine Homepage stellen kann.



INFOSTAND IN MARKGRÖNINGEN



MIT CEM AUF DEM MARKT



MIT DER GRÜNEN JUGEND

Anita Klett-Heuchert Fraktionsvorsitzende

Turnusmäßiger Wechsel an der Spitze der grünen Gemeinderatsfraktion

VON MARKUS GERICKE

Bei den Grünen ist es seit langem gute Übung, dass der Fraktionsvorsitz durchgewechselt wird. Seit dem 1. September ist Anita Klett-Heuchert die neue Sprecherin der Fraktion. Sie wird für die erste Hälfte der neuen Legislatur den Vorsitz übernehmen. Sie ist nun bereits zum dritten Mal in den Gemeinderat gewählt worden und verfügt damit über den notwendigen Überblick, die Erfahrung und die Kontakte. Der bisherige Fraktionsvorsitzende Markus Gericke ist überzeugt, dass die neue Fraktion gut für die kommenden Herausforderungen aufgestellt ist: „Wir können die Arbeit auf mehr Schultern verteilen. Zu den erfahrenen Fraktionsmit-

gliedern haben wir zwei gut qualifizierte und engagierte neue Mitglieder dazu gewonnen.“ Im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung sollen zukünftig Christian Kopp, Siegfried Rapp (wie bisher) und zusätzlich Prof. Dr. Michael Vierling die Grünen vertreten. Weitere drei Sitze für die Grünen im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales werden Anita Klett-Heuchert und Elfriede Steinwand (wie bisher) und Prof. Dr. Michael Vierling besetzen. Im Bauausschuss werden die Grünen weiterhin mit zwei Sitzen vertreten sein, die Markus Gericke (wie bisher) und Barbara Schüller einnehmen werden. Fragen zur aktuellen Kommunalpolitik nehmen die Grünen gerne unter AKlett-Heuchert@t-

online.de oder Tel. 220702 entgegen. Informationen gibt es auch auf der Web-Seite der Fraktion.

<http://gr-fraktion.gruene-ludwiesburg.de/>



ANITA KLETT-HEUCHERT

Grüne in den Stadtteilausschüssen

Ludwigsburger Stadtteilausschüsse stellen sich vor

Stadtteilausschüsse gibt es für die Stadtteile Eglosheim, Oßweil, Hoheneck, Pflugfelden, Grünbühl/Sonnenberg, Neckarweihingen und Poppenweiler. Sie sollen zu wichtigen Angelegenheiten, die den Stadtteil betreffen, gehört werden. In dieser und den folgenden Ausgaben stellen sich die GRÜNEN VertreterInnen vor.

Grünbühl und Sonnenberg

Sven Modrzik, 07141/928456 oder E-Mail: sven.modrzik@arcor.de

Zu meiner Person: Ich bin 1965 in Erlangen geboren, bin verheiratet und Vater von drei Kindern. Meine Hobbys sind Modellbau und Geschichte. Wir wohnen Am Sonnenberg 1 im so genannten „Milkahaus“. Ich arbeite als CNC-Dreher in einem mittelständischen Ludwigsburger Unternehmen.

Durch meine Mitarbeit im Stadtteilausschuss Grünbühl möchte ich dazu beitragen, dass bei der zukünftigen Entwicklung des Stadtteils darauf geachtet wird, dass keine Überalterung der Grünbühler Bevölkerung entsteht. Hierfür brauchen wir neue zeitge-

mäße und vor allem bezahlbare Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und Reihenhäuser, um auch junge Familien in den Stadtteil zu bekommen. Auch die Integration der dort lebenden ausländischen Familien und Aussiedler muss voran gebracht werden. Diese Integration wird schon von verschiedenen Seiten, von der Stadtverwaltung, Schulen, Vereinen und kirchlichen Einrichtungen seit Jahren erfolgreich praktiziert. Das Förderprogramm „Soziale Stadt“ muss gut begleitet und durchgeführt werden, damit in Grünbühl eine positive soziale Entwicklung stattfindet.

Bisher wurden 26 Projekte ins Leben gerufen (z.B. Schulsozialarbeit in der Eichendorffschule, Sprachkurse für ausländische Mütter, lokales Konfliktmanagement, Büchertauschbörse, Chorprojekt, Bürgerfest, Bau eines Mehrgenerationenhauses etc.). Diese Angebote sollen die Bürger im Stadtteil zusammenbringen und ein spannungsfreies Miteinander möglich machen. An diesen Entwicklungen möchte ich mich aktiv beteiligen.

Durch meine Mitarbeit im Stadtteilausschuss Sonnenberg möchte ich dazu beitragen, dass wie geplant bei der Bebauung die Geo-

thermie gefördert wird. Dass beim Ausbau am Sonnenberg viele junge Familien, aber auch ältere Menschen, ein lebenswertes Zuhause finden. Um das Zusammenwachsen der beiden Stadtteile zu erreichen, werde ich mich aktiv einsetzen. Insbesondere das Mehrgenerationenhaus hat aus meiner Sicht hier eine wichtige Verbindungsfunktion.

Für mich wäre es wünschenswert, dass in Zukunft am Sonnenberg eine gute Mischung aus bezahlbaren Miet- und Eigentumswohnungen sowie attraktiven Bauplätzen entstehen würde. Ich freue mich auf Ihre Fragen und Anregungen.



SVEN MODRZIK

bin ich strikt gegen den Ausbau der Strombergstraße.

Da die Verkehrssituation im Stadtteil nach wie vor einiger Verbesserungen bedarf, möchte ich mich auch dafür einsetzen. Ich bin Mitglied im Bürgerverein, Historischen Verein und im Obst- und Gartenbauverein.

Gerhard Löckle, Neue Weingärten 8, 71634 Ludwigsburg
Telefon: 07141/32590
Mail: gerhardloeckle@web.de

Ich bin 1958 in Ludwigsburg geboren und aufgewachsen in der Katharinenstraße in Eglosheim. Heute wohne ich zusammen mit meiner Frau und meinen beiden Töchtern in den Neuen Weingärten.

Ich setze mich für eine weitere Verbesserung der Wohnqualität, insbesondere für junge Familien, ein. Besonders wichtig sind mir auch ein nachhaltiger Natur-

schutz und der Erhalt von öffentlichen Freiflächen. Mit aller Kraft stemme ich mich gegen den Ausbau der Strombergstraße und setze mich für einen an der Oberfläche fließenden Bachlauf durch den Riedgraben ein. Außerdem bin ich Gründungsmitglied im Verein „Naturpark West“.



GERHARD LÖCKLE

ARENA – ein Tag der Freude!?

Die neue ARENA ist eingeweiht

VON ANITA KLETT-HEUCHERT

Nun ist sie da! Mit Rock und Klask eingeweiht und mit Lobreden bedacht. Für uns bleibt ein Wertmüsstropfen. Neben den Investitionskosten, die Herr Oberbürgermeister Spec – unter Auslassung der Kosten für Grundstück, Parkhaus und Betriebskosten – auf ein Minimum herunter rechnet, werden die jährlichen Betriebskostenzuschüsse den Haushalt mit jährlich 300.000 € belasten. Darin sind die weiteren zu erwartenden Zuschüsse für hochkarätige, daher teure Veranstaltungen und das erhöhte Sponsoring für den Spitzensport noch nicht eingerechnet. Und das in einer Situation, in der um Einsparmöglichkeiten im 100-€-Bereich gekämpft wird. Daran lässt sich nichts mehr ändern. Ein kleines Trostpflaster ist, dass unsere Fraktion angeregt und durchgesetzt hat, auf dem Hallendach eine Solaranlage zu

chen Nahverkehr für Veranstaltungen attraktiv zu machen. Es ist mehr als ärgerlich, dass sich der Hallenbetreiber nicht darauf eingelassen hat, die Veranstaltungstickets verpflichtend mit einem Ticket für den ÖPNV zu kombinieren, wie es in anderen Städten üblich ist. Aus seiner Sicht: Warum auch, es gibt ja keine Not, nachdem das Parkhaus nun steht! Und das finanzielle Risiko hat so wieso die städtische PAG übernommen, deren Zuschussbedarf dadurch noch weiter ansteigen wird. Ab jetzt müssen wir daher unsere Anstrengungen darauf richten, dass das Kombiticket selbstverständlich wird. Nur so kann der Parkdruck in den umliegenden Straßen reduziert werden.

Wenn auch wenig Hoffnung besteht, dass die Besucher mit PKW nicht zunächst einen kostenlosen Parkplatz an der Straße suchen werden. Um die Motivation der



LUDWIGSBURGER ARENA

installieren, die demnächst eröffnet wird.

Auch wenn die grüne Gemeinderatsfraktion mehrheitlich gegen den Bau gestimmt hat, wollen wir jetzt, dass daraus eine Erfolgsgeschichte wird. Denn nur so können weitere Belastungen für den städtischen Haushalt verhindert werden. Wären unsere Bedenken allerdings aufgenommen worden, dann hätten wir eine nachhaltigere Finanzierung gefunden und müssten uns in der Krise noch weniger Sorgen machen.

Auch das Parkhaus ist Realität und als solches ein Rückschlag in den Bemühungen, den öffentli-

Anfahrt mit dem Fahrrad zu erhöhen, werden wir beantragen, dass die Ausschilderung der Fahrradrouten verbessert wird und dass Radständer montiert werden. Nebenbei können wir uns auch freuen: Der langersehnte Westaus- und -eingang ist geschaffen. In den nächsten Wochen wird das Fahrradparkhaus mit Servicestation in Betrieb genommen.

Bleibt zu hoffen, dass trotz der Dominanz des Parkhauses nach endgültiger Fertigstellung ein attraktives Ambiente entsteht. Danach wird es Zeit, an der Ostseite des Bahnhofes Verbesserungen zu erreichen.



GRÜNE FORDERN: TAGSÜBER TEMPO 100, NACHTS MIT TEMPO 80

Atomstrom teurer als Ökostrom!

Grüne erklimmen den Gipfel

VON KARL BURGMAIER

Je mehr Atomkraft, umso höher ist der Strompreis! Und nicht umgekehrt! Das ist das Ergebnis eines repräsentativen Preisvergleichs von über hundert Stromtarifen im ganzen Bundesgebiet durch die Deutsche Umwelthilfe.

Der Preisvergleich widerlegt die von den Atomkraftwerksbetreibern und ihren Lautsprechern in der Politik ständig wiederholte Behauptung, Atomstrom sei für die Kunden billiger, als Propagandalüge. Die Preisvergleichsstudie zeigt, dass bei einem Jahresverbrauch von 3000 kWh EnBW und SÜWAG (gehört zu RWE) 763,91 € bzw. 724,68 € verlangen. Der Anteil der Atomkraft am Strommixangebot der EnBW liegt bei 46 %, der der SÜWAG bei 18 %. Ökostromanbieter wie Lichtblick oder Naturstrom, die Strom zu 100 % aus erneuerbaren Energiequellen anbieten, verlangen bei einem Jahresverbrauch von 3000 kWh mit 695,10 € bzw. 748,80 € weniger als die beiden Atomstromkonzerne. Auch bei den Elektrizitätswerken Schönau, deren Strommix aus 0 % Atomstrom, 7 % fossilen Energieträgern (Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen) und 93 % erneuerbaren

Energien besteht, kosten 3000 kWh 718,80 € und damit ebenfalls weniger als bei EnBW und SÜWAG.

Keine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke!

Auf den ersten Blick ist es schwer vorstellbar, dass Atomstrom aus abbeschriebenen Meilern überdurchschnittlich teuer ist, zumal die Betreiber keine Steuern auf Atombrennstäbe bezahlen und auch durch gedeckelte Versicherungssummen staatlicherseits begünstigt werden. Zwei Ursachen gibt es wohl für teuren Atomstrom:

1. Die Atomkonzerne kalkulieren mit einer größeren Gewinnmarge als die Ökokonkurrenz
 2. Die Ökostromanbieter wirtschaften sparsamer als die ehemaligen Monopolisten.
- Das dürfte auch der Grund sein, warum die Atomkonzerne ihre Ökostromprodukte meistens teurer anbieten als den Atommix. Das Argument, mit Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke die Strompreise für die Verbraucher senken zu können, erscheint vor dem Ergebnis der neuen Studie reichlich naiv. Wenn die Atomstromer schon heute die teureren Anbieter sind, warum sollten sie

dann künftig billiger werden, wenn man ihnen noch mehr Atomstrom zubilligt.

Wechselt zu Ökostrom, raus aus der Atomenergie!

Seit Markteinführung von Ökostrom haben sich dessen Preise günstiger entwickelt als die der atomaren und fossilen Konkurrenz. Es liegt an jedem Einzelnen, durch den Wechsel zu einem Ökostromanbieter den Atomausstieg zu sichern oder gar zu forcieren. Also auf: Wechsle zu einem Ökostromanbieter und überweise Deine Stromrechnung nicht länger an diejenigen, die die Laufzeit alternder und störanfälliger Atomkraftwerke verlängern wollen!

Der Wechsel des Versorgers kostet Verbraucherinnen und Verbraucher nur wenige Minuten. Formulare gibt es bei den Ökostromanbietern selbst oder im Internet beim Aktionsbündnis "Atomausstieg selber machen", www.atomausstieg-selber-machen.de.

Tabellen und Grafiken zu dieser Untersuchung gibt es unter www.duh.de/uploads/media/Vergleich_Preis_Stromkennzeichnung_07-2009_01.pdf.

Oettinger verlängert

Wir steigen aus!

VON JÜRGEN WALTER

Bereits zwei Tage nach der Bundestagswahl präsentierte sich Ministerpräsident Günther Oettinger auf einer Pressekonferenz mit EnBW-Chef Villis, um noch einmal zu demonstrieren, dass CDU und FDP den Energieriesen Milliarden geschenke machen wollen. Und dies obwohl schon längst klar ist, dass nicht nur das Atommüllproblem weiterhin ungelöst ist, sondern eine Verlängerung der Lauf-

zeiten für Atomkraftwerke auch den notwendigen Umstieg auf umweltfreundliche Energie verhindert. Oettinger setzt somit auf eine gefährliche Technologie, die längst keine Arbeitsplätze mehr schafft und sorgt dafür, dass Deutschland seine führende Position bei den regenerativen Energien verliert. Darauf kann es nur eine Antwort geben: Den persönlichen Ausstieg aus der Atomkraft durch einen Wechsel des Stromanbieters.

Bunt sind schon die Wälder...

Ökologische Umgestaltung des Glemsufers

VON DORIS RENNINGER

Wenn schon kein lebendes Grün, dann wenigstens kreatives Buntes! Gemeinderat Andreas Eberwein, der als selbständiger Schreiner mit dem Werkstoff Holz und mit dem fantasievollen Gestalten bestens vertraut ist, setzte in den Sommerferien alle Kräfte in Bewegung, um seine Idee wahr werden zu lassen. Mit dem Revierförster wurden Stämme im Heimerdinger Forst ausgewählt. Mit den Mitgliedern der GRÜNEN LISTE DITZINGEN e.V. wurden Einsatzpläne erstellt, Versicherungen abgeschlossen, Farben und Pinsel geordert, Ordnungsamt, Oberbürgermeister Makurath und die Presse informiert. Samstag, der 19.9.09, wurde ein wunderschöner Tag – alle Gruppen, die zugesagt hatten kamen mit eigenen Ideen und guter Laune. Ev. Jugendwerk, Behindertentreff „Füreinander-Miteinander“, das Zeltcafé-Team, Ministranten der kath. Kirche St. Maria, Schulen, Nachbarschaftsgruppe, Dritte-Welt-Laden Ditzingen und die Schloßmühle als direkter Nachbar schufen ein buntes Werk. Ein Bürgerbaum entstand nach Wünschen der Ditzinger Bürger, die in der Woche zuvor befragt wurden. Ausgangspunkt der Aktion war die sogenannte „ökologische Umgestaltung“ des Glemsufers. Nach jahrelangen Planungen, zuletzt durch ein Büro, dass in Bayern auch Landesgartenschauen plante, wurden im Gewerbesteuerhoch die Beschlüsse gefasst. Mitte Februar vor der Vegetationsperiode, aber im Bewusstsein der neuen Finanzlage ließ die Verwaltung schnell alles roden. Wir

wurden vor die Frage gestellt, ob wir uns diese vollendeten kahlen Tatsachen die nächsten Jahre anschauen wollten?

Die GRÜNE LISTE DITZINGEN e.V. hatte dem Vorhaben zugestimmt, da das erste Mal in ihrer Geschichte eine Straße entwickelt wurde. Eine Fläche sollte, statt Parkplätze zu bieten und den Marktstraßen-Schleichverkehr aufzunehmen, für die Fußgänger umgestaltet werden. Mühlkanal und Glems sollten nicht versteckt sondern wieder sichtbar werden. Unser erster Aufschrei wurde erhört. Das Grünordnungsamt begutachtete jeden einzelnen Baum kritisch, zwei Bäume wurden verpflanzt, drei



BUNTE BÄUME SÄUMEN DEN FUßWEG

durften weiterleben. Auf der Südseite sollen große Bäume gepflanzt werden. Zunächst hatte das Haushaltsloch den positiven Effekt, die kreativen Kräfte der Bürger zu wecken; jetzt heißt es, in den Haushaltsberatungen aufzupassen, wofür das noch vorhandene Geld ausgegeben wird.

Grüne zur Ablehnung des Kombitickets

Öffentlichen Nahverkehr nicht vernachlässigen

VON JÜRGEN WALTER

Die Grünen in Ludwigsburg fordern Nachbesserungen in Bezug auf die absehbare Regelung zum Kombi-Ticket bei Veranstaltungen im Forum und in der Multifunktionshalle. „Die Veranstaltungen in beiden Häusern haben ein großes



Einzugsgebiet. Mit der Ablehnung eines Kombitickets wird eine große Chance vertan, einen Impuls

für den öffentlichen Nahverkehr zu geben“, so der Landtagsabgeordnete Jürgen Walter. „Nur mit einem Kombi-Ticket für alle Veranstaltungen in der Multifunktionshalle kommt die vorteilhafte Lage in der Nähe zum Ludwigsburger Hauptbahnhof richtig zur Geltung“, ist der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Gemeinderat Markus Gericke überzeugt. Die perfekte Standortwahl in Bahnhofsnähe sei immer ein Hauptargument für den Bau der Multifunktionsarena gewesen. Ende 2006 hatten die Grünen im Gemeinderat beantragt, das Kombi-Ticket für alle Veranstaltungen im Forum einzuführen. Aus Kostengründen hatte dies die Stadtverwaltung abgelehnt. In den Beratungen im April 2008 wurde vom Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung jedoch einstimmig beschlossen, die Multifunktionshalle schon vor de-

ren Fertigstellung in die Überlegungen für ein Kombiticket mit einzubeziehen. Ziel sollte es sein, eine Lösung aus einem Guss für Ludwigsburg zu finden. Stattdessen, so Gericke, sei nun zu befürchten, dass zwar viel weiteres Geld für das Parkhaus am Bahnhof fließen, der umweltfreundliche öffentliche Verkehr aber vernachlässigt werde.

Die Grünen wollen sich hiermit nicht abfinden und sehen den Betreiber in der Pflicht, für eine optimale Nutzung der Angebote im öffentlichen Nahverkehr zu sorgen.

Jürgen Walter: „Die Stadt hatte über ein Jahr Zeit, den Beschluss zu vollziehen und sich Gedanken über eine nahverkehrsfreundliche Lösung zu machen. Stattdessen macht man weiter wie gehabt. Ein Kombiticket wäre ein sinnvoller Beitrag für die Feinstaubentlastung der Innenstadt gewesen.“

A 81: Tempolimit kurzfristig beste Lösung

Reduktion der Lärmbelastung: Prüfung von Tempo 100 tagsüber, Tempo 80 nachts

VON MARKUS GERICKE

Die Grünen im Gemeinderat Ludwigsburg hatten im Sommer bei der Diskussion um den Lärmschutz auf der A 81 den Antrag gestellt: Prüfung von Tempo 100 tagsüber, Tempo 80 nachts. „Damit hätten wir kurzfristig den Lärm für die geplagten Anwohner der A 81 merkbar reduziert, haben im Gemeinderat aber keine Mehrheit gefunden“, sagt Stadtrat Markus Gericke. Die Diskussion um eine temporäre Freigabe der Standspur habe gezeigt, dass ein Tempolimit die beste Möglichkeit ist, die Verkehrsmassen zu Stoßzeiten zu bewältigen. Stadtrat Michael Vierling: „Wir unterstützen die Position der Fachbe-

hörde Umweltbundesamt, wonach ein Tempolimit auf 100 und gegebenenfalls auf 80 Stundenkilometer die vorrangige Maßnahme für Lärmschutz und besseren Verkehrsfluss sein sollte. Erfreulicherweise bewegt sich offenbar auch das Regierungspräsidium Stuttgart auf diesen Standpunkt zu.“ Die Grünen sind allerdings der Meinung, dass das Tempo auf der Autobahn nicht nur während der Rushhour morgens und abends gedrosselt werden sollte. Gerade auch zu den anderen Tageszeiten sei es notwendig, das Tempo zum Lärmschutz zu reduzieren. Es gibt noch zu viele Autofahrer, die sich nicht an die Begrenzung auf 120 km/h halten und somit übermäßig zur Lärmbelastung beitragen.

Die Grünen appellieren an die Autofahrer, sich ihrer Verantwortung zu stellen. „Die Autofahrer tragen mit ihrem Verhalten auch zur Akzeptanz des sicherlich notwendigen Autoverkehrs bei“, meint die Fraktionsvorsitzende Anita Klett-Heuchert. Sie betont, dass die Grünen im Gemeinderat sich weiterhin dafür einsetzen werden, die Verkehrsbelastung für die Einwohner zu reduzieren. Dafür müssten die Alternativen gestärkt werden. Stadtbahn und Ausbau des Radnetzes sollten endlich ernsthaft angegangen werden.

Die grüne Bundestagsabgeordnete, Ingrid Hönlinger bringt es auf den Punkt: „Die Einführung eines Tempolimits war längst fällig. In

Ballungsräumen muss konsequent daran gearbeitet werden, dass gesundheitsschädlicher Lärm, Feinstaub und CO2-Belastung zurückgehen.

In einer Gesamtkonzeption muss der öffentliche Personennahverkehr weiter verstärkt und ausgebaut werden.“ In der Stellungnahme zur Freigabe der Standspur an der A 81 hat der Gemeinderat mit den Stimmen der Grünen gefordert: Lärmschutzmaßnahmen, wie z.B. der Bau von Lärmschutzwänden, sollen dann so umgesetzt werden, wie sie später für den Ausbau der Autobahn auf acht Spuren notwendig sein werden. Die Grünen unterstützen diese einstimmig beschlossene Forderung auch weiterhin. Wich-

tig sei jedoch eine umfassende Strategie. „Proteste von Anwohnern gegen den Verkehrslärm sind berechtigt. Wir müssen endlich Lösungen zum Wohl der Bürger finden“, so Stadträtin Barbara Schüssler. Lärm ist an vielen innerstädtischen Straßen ein Problem und betrifft nicht nur die A 81. Der Lärmaktionsplan, den die Stadtverwaltung derzeit erarbeitet, müsse daher wirksame Maßnahmen enthalten. Hierzu fordern die Grünen, Tempo 30 allgemein im Stadtgebiet und Tempo 40 für die Hauptverkehrsstraßen. – Und sie würden sich wünschen, dass sich die anderen Fraktionen auch hier genauso stark engagieren. Entsprechenden Beschlüssen am Ratstisch stehe nichts entgegen.

Grüne fordern Einblick in Geheim-Gutachten

Vernebelungstaktik weckt Zweifel – das Risikopotenzial ist unzweifelhaft groß

VON FRANZ UNTERSTELLER

Der stellvertretende Vorsitzende der Grünen im Landtag Franz Untersteller, energiepolitischer Sprecher seiner Fraktion, hat die Landesregierung aufgefordert, den Mitgliedern des Umweltausschusses vertrauliche Gutachten über die Gefährdung baden-württembergischer Atomkraftwerken durch Flugzeugabstürze zugänglich zu machen. Die Gutachten wurden nach den katastrophalen Terrorangriffen auf das New Yorker World Trade Center im Auftrag der Länder Baden-Württemberg, Bayern und Hessen von der Internationalen Länderkommission Kerntechnik (ILK) erstellt. Laut einer jetzt von Umweltministerin Tanja Gönner vorgelegten Stellungnahme zu einem Antrag des grünen Energiepolitikers empfehlen die Gutachten der Landesregierung, ein sogenanntes „Gesamtkonzept“ zum Schutz der Atomkraftwerke zu entwickeln. Mindestens zwei – Philippsburg I und Neckarwestheim I – sind nicht gegen Flugzeugabstürze ge-

sichert. In ihrem Antwortschreiben lehnt die Umweltministerin eine Veröffentlichung der Gutachten kategorisch ab. Geht es nach dem Willen der Ministerin sollen aber auch die Landtagsabgeordneten keinen Einblick in die seit Jahren unter Verschluss gehaltenen Gutachten nehmen dürfen. „Für die Nichtveröffentlichung habe ich Verständnis. Wir müssen ja potenziellen Angreifern nicht noch Informationen über etwaige Schwachstellen der Anlagen frei Haus liefern. Ich akzeptiere jedoch nicht, dass auch dem Landtag bzw. den zuständigen Ausschussmitgliedern kein Einblick unter in solchen Fällen im Parlament üblichen Bedingungen der Vertraulichkeit gewährt werden soll“, sagte Untersteller. Zu den zentralen Aufgaben des Parlaments gehört nun einmal die Kontrolle der Exekutive. „Wie soll ich die Aktualität eines Sicherheitskonzepts bewerten, wenn mir wesentliche Unterlagen vorenthalten werden?“ fragt Untersteller. Die Landesregierung nennt als Maßnahmen nur wenige, nach

Auffassung der Grünen völlig unzureichende anlagenbezogene Maßnahmen, um die Terrorgefahr durch gezielten Absturz großer Flugzeuge zu reduzieren. Dazu gehört die Ausrüstung der Werksfeuerwehren mit neuen Schaumlöschfahrzeugen und Tarnmaßnahmen mit Vernebelungstechnik. Untersteller: „Hinter dieser Vernebelungstaktik der immensen Risiken von alten Atomreaktoren steht offensichtlich die Absicht, die AKWs um jeden Preis weiter betreiben zu können, selbst bei Terrorgefahr. Einerseits beschwört Bundesinnenminister Schäuble immer wieder eine Gefahr durch Terroristen in Deutschland, andererseits behauptet Tanja Gönner, es deute nichts auf eine konkrete Gefährdung kerntechnische Anlagen hin – wie diese Aussagen in Übereinstimmung zu bringen sind, bleibt das Geheimnis der Landesregierung.“ Es gäbe eine einfache und im Atomgesetz auch vorgesehene Maßnahme, die die bestehende Gefahr der Freisetzung von Radioaktivität durch einen Flug-

zeugabsturz auf die älteren Atomkraftwerke deutlich verringern könnte: Die Übertragung der Reststrommengen von Philippsburg I und Neckarwestheim I auf modernere und gegen Flugzeugabstürze besser gesicherte Anlagen wie z.B. GKN II und Philippsburg II. Neckarwestheim I müsse ohnehin 2010 vom Netz, Philippsburg I im Jahr 2012. Dagegen wehrt sich Umweltministerin Gönner mit Händen und Füßen. Untersteller: „Die Absicht von Betreibern und CDU, die Laufzeiten der alten Reaktoren zu verlängern, ist angesichts der Gefahren völlig unverantwortlich. Die Tatsache, dass die sieben Jahre alten Gutachten nicht zugänglich gemacht werden sollen, spricht Bände. Wenn die Abgeordneten der Koalition nicht wissen wollen, was sie unterstützen, müssen sie das selbst vor den Wählern rechtfertigen. Als Opposition verlangen wir jedenfalls Einblick in die Erkenntnisse einer höchst realen Gefährdung der Öffentlichkeit in diesem Land.“



VIELE GRÜNE HABEN AM 4. JULI AN DER DEMONSTRATION GEGEN DAS KERNKRAFTWERK IN NECKARWESTHEIM TEILGENOMMEN

Termine

24./25. Oktober
Bundesdelegiertenkonferenz in Rostock

16. November, 19.00 Uhr,
Theaterhaus, Stuttgart. Die Zukunft der Öffentlichkeit. Pressefreiheit – Pressevielfalt. Eine gute Nacht? (Böll-Stiftung)

18. November 2009, 20 Uhr,
Ratskeller, Ludwigsburg
KMV mit Vorstellung der KandidatInnen, die sich für den Landesvorsitz bewerben

21./22. November 2009,
Biberach
Landesdelegiertenkonferenz mit Vorstandswahlen.

9. Dezember 2009, 20 Uhr
Weihnachts-KMV, Ort wird noch bekannt gegeben.

30. Januar 2010, 20 Uhr,
Bürgersaal Tamm Jürgen Walter und die Tammer Grünen präsentieren: Biermösl Blosn. Vorverkauf: Cha Cha LB, Schreibwaren Wolf Asperg, Frisör Jaudes Remseck und über die Tammer Grünen.

Termine und Beiträge an
gruenspiegel@gmx.de
Redaktionsschluss
23. November 2009

Impressum Grünspiegel

Zeitschrift des Kreis- und Ortsverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ludwigsburg

Der GRÜNSPIEGEL ist kostenlos erhältlich. Der Versand kostet für Nichtmitglieder im Jahr 18 Euro im Kreis, 26 Euro bundesweit. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber/Anschrift der Redaktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Ludwigsburg,
Ortsverband Ludwigsburg
Im Uhland, Uhlandstraße 21
71638 Ludwigsburg
Tel: 07141-927926
Fax 07141-905194
kv.ludwigsburg@gruene.de
www.gruene-ludwigsburg.de
KV Ludwigsburg
KontoNr: 507 949 005,
BLZ 604 901 50,
Volksbank Ludwigsburg

Redaktion (ViSdP), Layout und Gestaltung, Anzeigenkoordination
Uta Hermenau, Julia Schweizer,
Max Bleif, Dirk Werhahn
gruenspiegel@gmx.de

Druck: Druckerei Ratz, Schönaich

Ausgabe: Oktober/November 2009
Auflage: 400

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Kreis- oder Ortsverbandes wieder. Für den Inhalt der gekennzeichneten Artikel sind die AutorInnen verantwortlich. Beiträge - kurz und knackig - sind herzlich willkommen. Die Redaktion behält sich weitere Kürzungen vor.

Faire Steuererhöhungen

... und Entlastungen von Unten

VON ILSE MAJER-WEHLING

Union und FDP wollen Steuern senken. Ihr Wunsch steht im scharfen Gegensatz zur Realität. 2010, im ersten Jahr der schwarz-gelben Regierung, werden Bund, Länder und Kommunen voraussichtlich zusätzliche Schulden von rund 133 Milliarden Euro aufnehmen müssen, weil

- * die Einnahmen drastisch sinken, da die Unternehmen weniger produzieren und viele Beschäftigte arbeitslos werden,
- * die Sozialversicherungen 2010 deutlich ins Minus rutschen werden. Große Defizite wird es wegen der steigenden Arbeitslosigkeit bei der Bundesagentur für Arbeit und rote Zahlen bei der Krankenversicherung geben.

Würden die Steuersenkungen umgesetzt, würde sich das schon jetzt bestehende Riesenloch im Bundeshaushalt drastisch vergrößern und das Gemeinwesen an den Rand des Bankrotts gebracht. Steuersenkungen sind eine schöne Sache, aber nur und unter zwei Voraussetzungen möglich:

1. Die öffentlichen Ausgaben sollten annähernd aus den Einnahmen des Staats finanzierbar sein.
2. Die Steuern müssten sozial ausgewogen entsprechend der Leistungskraft erhoben werden.

Bündnis 90/Die Grünen haben der Situation angemessene Forderungen zur Steuerpolitik in einem Diskussionspapier zusammengefasst. Die wichtigsten sind:
* Aufhebung des Ehegatten-

splittings in eine Individualbesteuerung. Das ermöglicht die Reduzierung der Steuerklassen von sechs auf zwei

- * Spitzensteuersatz: erst ab mindestens 60.000 Euro und Erhöhung von 42 Prozent auf 45 Prozent
- * Ermöglichung „steuerfreier Gewinnrücklagen“ für kleinere und mittlere Unternehmen
- * Bekämpfung der Schwarzarbeit durch Erhöhung der steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerkerarbeiten
- * Abbau von ökologisch schädlichen Subventionen (Beispiel: Besteuerung von Dienstwagen in Abhängigkeit ihrer CO₂-Emissionen)
- * Entlastung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie Arbeitnehmern von hohen Sozialbeiträgen
- * Erhaltung der Erbschaftsteuer – aber gerecht reformiert
- * Umwandlung des Solidaritätszuschlags in einen Bildungssoli zum Schuldenabbau und zur Stärkung der Bildungsinfrastruktur.

Mit dem grünen Konzept, das u.a. faire Steuererhöhungen vorsieht, würde eine Entlastung der Menschen von unten erreicht. Dieses Konzept liegt ganz im internationalen Trend. Mehrere Länder, darunter die USA, Großbritannien und Japan, praktizieren oder planen Steuererhöhungen für reiche und wohlhabende Bevölkerungsschichten. Schließlich haben die gut Verdienenden von wirtschaftsfreundlichen Reformen der letzten Jahre am meisten profitiert und sollen einen Beitrag zur Finanzierung der Finanz- und Wirtschaftskrise leisten.

Nein zur Erhöhung der VVS-Tarife

Weniger Tarifzonen – einfachere Tarifstruktur

VON JOSEF MATSCHINER

Die neue Grüne Regionalfraktion hat 3 Mitglieder mehr und ist mit 16 Mitgliedern so groß wie die der Freien Wähler.

Verkehr, insbesondere die Förderung der umweltfreundlichen Mobilität, wird das Thema der kommenden Jahre in der Region sein. Zum Einstieg konnte die Fraktion gleich Positionen beziehen. Wir haben im ersten Verkehrsausschuss beantragt, der geplanten Erhöhung der VVS-Tarife um 2,4% nicht zuzustimmen, da wir keine plausiblen Gründe dafür sehen.

Die Mehrheit des Ausschusses wertete es sogar so wie wir, wollte sich aber dem Antrag nicht anschließen. Wir haben weiterhin beantragt, fundierte Konzepte für eine Verringerung der Tarifzonen vorzulegen; untersucht werden sollten mehrere Modelle: 7 Ringe; 5 Waben (4 Landkreise+Stuttgart); 3 Ringe, 1 Zone (die Region). Auch hierfür fand sich keine Mehrheit. Wir

aber werden dranbleiben. Die Metropolregion Stuttgart ist ein Gebilde, das über die Regions- und Verbundsgrenzen hinausgeht. Tübingen und Heilbronn zum Beispiel gehören dazu.

Seit seinem Bestehen, seit ca. 3 Jahren, bemüht man sich, dem Gebilde Sinn und Aufgaben zu geben, was aber nicht so recht gelingt. Eine Idee, und die ist im Grunde nicht schlecht, ist das Metropoli-Ticket und Metropoli-Studyticket. Beides ist noch nicht ausgereift, aber eines zeichnet sich schon ab - und das ist so typisch schwäbisch! so typisch VVS!: die Mehrkosten sollen „allen Fahrgästen“ oder „allen Studenten“ aufgebürdet werden, indem einfach alle Tickets verteuert werden.

Ein entschiedenes Nein von unserer Seite. Wenn die Metropolregion ein Metropoli-Ticket will, dann muss sie auch dafür bezahlen!

Leider war die Mehrheit im Ausschuss, CDU und FWV, auch in diesem Punkt anderer Ansicht.

Anzeige

Grün wählen Nachhaltig investieren

Wer grün wählt ist gegen Atomkraftwerke, Gentechnologie und Tretminen.

Doch investieren herkömmliche Altersvorsorgeprodukte meist nach dem reinen Gewinnprinzip ohne Rücksicht auf ethische oder ökologische Belange. Gerade wir Grünen wollen genau das nicht. Ist doch dies ein Grund für die aktuelle Finanzkrise. Viele wissen einfach nicht, dass sie ihre Alters-

vorsorge (Riester oder Rürup) genauso rentierlich und sicher unter nachhaltigen Aspekten gestalten können.

Schon 1998 habe ich mich genau auf dieses Themenfeld spezialisiert und helfe gerne mit weiteren Informationen: Eric Welte, Versicherungs- und Investmentmakler, Sonnenhalde 30, 71642 Ludwigsburg, 07141-59136, ericwelte@gmx.de